



Projektland: Albanien

**Quartal/Jahr: Oktober – Dezember
2010**

Schlagzeilen:

- **Die innenpolitische Situation im Engpass wegen politischer Spannungen**
- **Albanische Staatsbürger ohne Visa in die Schengener-Vertragsstaaten**
- **EU Kandidaten-Status für Albanien abgelehnt**
- **Korruptionsbeschuldigungen zwischen Regierungs- und Oppositionsvertretern**
- **Wirtschaftswachstum in Albanien im Jahr 2010 weiter positiv**
- **Staatshaushalt 2011: Schwergewicht auf Investitionen für Strasseninfrastruktur und Privatisierungen**
- **Reaktionen gegen den Europarat-Bericht von Dick Marty zum Kosovo**

I. Innenpolitik

Die politische Lage bleibt während dieser Periode als Folge einer anderthalb Jahre langen parlamentarischen Krise weiterhin gespannt. Die Krise wurde durch den von der Opposition behaupteten Mangel an Transparenz der parlamentarischen Wahlen 2009 und durch die Forderung zu einer Untersuchung verursacht. Demzufolge bleibt die Spannung im Parlament weiterhin hoch und die von beiden Seiten im Parlament und außerhalb verwendete Sprache offensiv. Die Opposition, die bereits im Parlamentssaal anwesend ist, weigert sich noch abzustimmen und verhindert somit jeden Kompromiss zur Verabschiedung von Gesetzen, zu denen Albanien sich gegenüber der EU verpflichtet hat. Da aber die Verabschiedung solcher Gesetze 2/3 der Parlamentsstimmen bedarf, sind solche Initiativen noch lange nicht in die Tagesordnung des Parlaments eingeführt worden.

Nach der Weigerung der Opposition im September sich an der Abstimmung zur Gründung eines Verwaltungsgerichtes mit Unterstützung des USAID zu beteiligen, gab es im Oktober und in den nachfolgenden Monaten erneut Versuche zu einem Kompromiss. Doch für die Verabschiedung eines Gesetzes zur Errichtung eines Verwaltungsgerichtes sind 2/3 der Stimmen notwendig und somit scheiterten Ende Dezember diese Versuche wieder an politischen Komplikationen, die mit der Stellung der Opposition gegenüber den Parlamentswahlen letzten Jahres zu tun haben. Wird kein Verwaltungsgericht eingerichtet, könnte dies die Aufhebung der Hilfe der USA an Albanien als Folge haben.

Ähnlich wurde die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen blockiert, die mit der rechtlichen Reform sowie mit der Forderung zur Immunitätsaufhebung der Richter zu tun haben, um die Untersuchung eventueller Korruptionsfälle zu ermöglichen,.

Das gleiche Schicksal erlitt die Initiative zu einer Reform des Wahlsystems. Es scheint, dass die Lokalwahlen im Mai 2011 nach dem vorhandenen Wahlsystem stattfinden werden, trotz der Empfehlungen der OSZE/ODHIR zu dessen Verbesserung.

Das ständig gespannte politische Leben hat die politische Klasse weiter polarisiert. So hält die Mehrheitspartei, die Demokratische Partei (PD) die rechte Koalition mit der Republikanischen Partei (PR) und der Sozialistischen Bewegung für Integration des linken Zentrums (LSI) vom stellvertretenden Premierminister **Ilir Meta** unter Kontrolle. Die sozialistische Oppositionspartei (PS) bezieht eine feste Stellung mit ihren traditionellen Alliierten, die Partei für Soziale Demokratie (PDS) und die Sozialdemokratische Partei (PSD) aber auch mit den Neuankömmlingen, die Christlich Demokratische Partei (PDK) und die Neue Liberale Partei, die sich von der Demokratischen Partei **Berishas** getrennt hat.

Was dabei auffällig ist, ist dass die kleineren Alliierten der Opposition für eine radikalere Lösung mit Strassenprotesten der Bevölkerung sind. Dies scheint eine Lösung zu sein, die die kleineren Parteien, die nach den letzten Wahlen nicht im Parlament vertreten sind, in Anspruch nehmen wollen, um sich somit neu zu etablieren und bessere Vertretungschancen bei den nächsten Wahlen zu haben.

Der Druck der Kleineren hat die Führung der Sozialistischen Partei beeinflusst, doch diese Lösung war nicht immer befriedigend für die PS-Abgeordneten und wurde von ihnen nicht befürwortet. Eine Gruppe sozialistischer Abgeordneten haben den Parteichef **Rama** aufgerufen sich von dieser Lösung zu distanzieren, die ein unglückliches Abenteuer für die Sozialistische Partei werden könnte.

Der Untersuchungsausschuss PD/PS. Die Achillesferse in der Politik waren auch für diese Periode die Untersuchungen der Parlamentswahlen 2009 und der Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Im November schien es eine Wende zu geben, als die Opposition annahm, in die Untersuchung die Neuauszählung der Stimmen nicht mit einzubeziehen. Eine Reihe von Vereinbarungen wurden in die Wege geleitet, scheiterten doch im letzten Moment mal durch die eine Seite mal durch die andere. Die Situation hat sich weiter zugespitzt, als die Staatsanwaltschaft Shkodra den Befehl zur Untersuchung der Stimmen in einem Gebiet im Norden des Landes erteilte. Die Forderung zu Neuauszählung und der Antrag an die Staatsanwaltschaft war von der Christlich Demokratischen Partei gestellt, die behauptete, einen Abgeordneten in der Abstimmungsmanipulation verloren zu haben. Die Neuauszählung in diesem Gebiet zeigte, dass das Ergebnis der Wahlen in Übereinstimmung mit dem Inhalt der Urnen war. Die Mehrheit nutzte dieses Moment aus und warf der Sozialistischen Partei vor nicht an die Transparenz interessiert zu sein. Wenn das so wäre, dann hätte diese einen Antrag an die Staatsanwaltschaft gestellt für alle Gebiete, wo sie Manipulationen vermutet. Die Opposition äußerte den Verdacht, dass das Ergebnis der untersuchten Urnen schon in den Büros der Zentralen Wahlkommission manipuliert worden sei, doch der ganze Prozess der Urnenöffnung und der Stimmenaufzählung war gefilmt worden.

Immerhin wurden die Parlamentssitzungen zur Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach den Verhandlungen fortgesetzt. Das Angebot der Demokratischen Partei die Mehrheit dieses Ausschusses den Sozialisten zu überlassen wurde angenommen, doch schließlich forderte die sozialistische Partei zusätzlich eine Untersuchung ohne Grenze. Die Untersuchung sollte sich nicht nur auf Wahlgebieten begrenzen, wo Verstöße behauptet wurden. Dies führte dazu, dass die Sitzung, die bis zu den letzten Stunden des Jahres 2010 dauerte, wieder scheiterte.

Liberalisierung der Visa, Ablehnung des Kandidatenstatus für die EU. Seit dem 15. Dezember können albanische Staatsbürger ohne Visa in die Schengener-Vertragsstaaten einreisen. Dieses Ereignis stand im Mittelpunkt nicht nur für die Bevölkerung, die aus dieser Entscheidung der EU Vorteile haben wird, sondern auch im Mittelpunkt der Innenpolitik. Die Mehrheit beeilte sich, diese Entscheidung als einen eigenen Erfolg und als Zeichen für das Vertrauen der EU an ihre Regierung zu bezeichnen. Der Premierminister Berisha warf sogar der Opposition eine versuchte Verhinderung der freien Bewegung der Albaner vor, die Schaffung einer Atmosphäre der politischen Krise, um den Europäern Albanien als nicht

funktionierenden Staat darzustellen, in dem die Albaner das Land massenweise verlassen könnten, um Aufenthaltsmöglichkeiten in den EU-Ländern zu suchen.

Gleichzeitig mit der Liberalisierungsentscheidung lehnte Brüssel den Kandidatenstatus Albanien für die EU ab. Die Opposition erklärte ihrerseits sofort „Die EU hob die Visa für die Bevölkerung auf, verpasste aber der Regierung eine Absage.“ Sie bezeichnete die Regierung als unfähig und der sozialistische Parteichef Rama forderte Berisha auf vom Amt des Premierministers zurückzutreten. Die Opposition forderte ebenfalls, dass neue Parlamentswahlen gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 08. Mai stattfinden.

Beschuldigungen zur Korruption. Der pikanteste Teil der politischen Auseinandersetzungen mit Wirkung auf die Verhandlungen zur Bildung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses war eine Reihe von gegenseitigen Korruptionsbeschuldigungen.

Nach den öffentlichen Beschuldigungen im September gegen den ehemaligen Minister für Energiewesen, **Dritan Prifti**, im Bereich des Ölhandels, die sein Austritt aus der Partei von Ilir Meta LSI verursachten, machte die sozialistische Opposition im Oktober eine Reihe neuer Beschuldigungen. So wurden Minister und Abgeordnete beschuldigt Gewinne für sich und ihre Verwandten aus Ausschreibungen für Wasserkraftwerke erzielt zu haben sowie einen schweren Verstoß im Bau- und im Ölhandelsbereich begangen zu haben. Die von den Beschuldigungen der sozialistischen Partei betroffene Mehrheitsabgeordnete **Vokshi**, beschuldigte ihrerseits den Oppositionsführer und gleichzeitig Bürgermeister der Hauptstadt Tirana, Edi Rama, durch seine Vermittler Bauunternehmer mit 20% des Gesamtwertes des Baugegenstands zum eigenen Profit belastet zu haben. Diese Beschuldigung wurde durch die Erklärungen des Premierministers Berisha verstärkt, der dies als Waffe für den nächsten Wahlkampf im Mai zur Wahl des neuen Bürgermeisters der Hauptstadt ausnutzte.

Als die Beschuldigungen schon einen Höhepunkt erreicht hatten, rief der Sozialistische Parteivorsitzende, Edi Rama, zu Strassenprotesten bis zum Rücktritt der Regierung auf. Doch dies blieb nur ein Versuch, da ein Teil der sozialistischen Abgeordneten sich dagegen äußerten. Ein Teil davon erklärte sogar, dass die Spannung Rama diene um einfach Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und so der Verantwortung zum Verlust der Wahlen zu entkommen.

II. Wirtschaftliche Entwicklungen.

Der EU-Fortschrittsbericht über Albanien schätzt das wirtschaftliche Wachstum des Landes trotz der globalen wirtschaftlichen Krise hoch. Auch wenn das wirtschaftliche Wachstum nicht auf dem Niveau der Regierungserwartungen steht (es wird auf 2,3% berechnet), betonte der Premierminister Berisha nachdrücklich, dass Albanien eine Wirtschaft in aufsteigender Entwicklung hat. Er unterstrich, dass es in Albanien keine Steigerung der Arbeitslosigkeit und keine Abnahme der Vergütungen und Renten wie in anderen Ländern gibt, die eine Krise erleiden. Die Opposition betonte aber, dass in einer Wirtschaft, wo die Informalität noch sehr hoch ist, keine genauen Berechnungen vorgenommen werden können. Die Vertreter der Opposition erklärten dagegen, dass die Arbeitslosigkeit doch sehr stark gewachsen ist. Edi Rama gab bekannt, dass die Zahl der Arbeitslosen sich auf 1 Million belaufe, genau so viel wie die Zahl der Albaner, die einen biometrischen Reisepass nach der Liberalisierung der Visa beantragt haben, um ins Ausland zu reisen.

Über die Begründungen der beiden Seiten, gab der Gouverneur der Bank Albanien bekannt, dass die Banken den Krisendruck überstanden hätten und die Wirtschaft hatte, auch wenn nicht sehr hoch, auf jeden Fall eine positive Entwicklung. Der Bankgouverneur forderte die Banken auf, mehr gewerbliche Kredite zu gewähren, obwohl er zugab, dass während dieses Jahres die Bedienung der Kredite um bis zu ca. 30% abgenommen hätte.

Überschwemmungen. Einen Einfluss auf die landesinnere Wirtschaft nahmen auch die Naturkatastrophen wie die Überschwemmungen ein. Die Überschwemmungen in den nördlichen Gebieten als Folge der Niederschläge und der Wassererhöhung im See von Shkodra verursachten eine ernsthafte Situation für die Bevölkerung vor Ort. Die Regierung engagierte sich für die Evakuierung von 20.000 Personen und die Versorgung mit Lebensmitteln und notwendige Mittel für die Bevölkerung. Dies hatte natürlich eine erhebliche Wirkung auf die Finanzen des Landes. Die Regierungsausgaben wurden auch erheblich verkürzt, was sich auch in dem Staatshaushalt vom 2011 widerspiegelt wurde.

Staatshaushalt 2011. Die Regierung versucht die Investitionen auch für das Jahr 2011 auf hohem Niveau zu halten. So gab der Premierminister Berisha bekannt, dass öffentliche Investitionen durchgeführt werden, wie die Autobahn Tirana-Elbasan mit einem dazugehörigen Tunnel, die Arbers Strasse im Nordosten, die südliche Achse und die Strecke Vlore-Levan der Autobahn. Die Opposition forderte eine Minderung des Investitionsfonds, da die Wirtschaft noch nicht auf fester Basis steht und da diese Investitionen von Berisha einzig für die Wahlkampagne im Mai 2011 getätigt werden, während die Staatskasse leer bleibt. Dies lag der Erklärung des Premierministers zu Grunde, dass für Infrastrukturwerke Kredite von Banken aufgenommen werden sollten.

Im Staatshaushaltsentwurf 2011 sieht die Regierung eine Lohn- und Rentenerhöhung vor. Die Opposition fordert erneut die Nachprüfung dieser Posten im Haushalt, denn ihrer Ansicht nach ist das Vorhaben zur Erhöhung nicht realistisch und auf dieser Weise würden der Wirtschaft noch mehr Schäden zugefügt.

Einen Teil der Einkünfte des Staatshaushaltes 2011 plant die Regierung durch weitere Privatisierung einzelner Wirtschaftsbereichen zu erzielen. Die Regierung plant Privatisierungen im Energiesektor, indem sie ausländischen Unternehmen die vorhandenen Ölplattformen auf Konzession erteilt.

III. Außenpolitik.

In der Außenpolitik folgte die Regierung der Linie des Engagements zum Integrationsvorgang in die europäischen Strukturen weiter. Von Priorität bleibt das Engagement gegenüber der NATO und aus diesem Anlass hat die Regierung ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht die Zahl der albanischen Kräfte in Afghanistan weiterhin zu erhöhen.

Die weitere Unterstützung des neugeborenen Staates Kosovo macht ebenfalls eine Priorität aus, wobei sich die Diplomatie engagiert hat, Lobbying für die Anerkennung dieses Staates durch andere UN-Mitgliedsländer zu betreiben. Es wurden schon Treffen zwischen den Außenministern Albaniens und des Kosovo veranstaltet, um die gemeinsame Arbeit zu koordinieren. Kontakte wurden ebenfalls zu Verteidigungs- Wirtschafts- und Justizeinrichtungen hergestellt.

Aufmerksamkeit wurde auch Mazedonien bezüglich der albanischen Bevölkerungsgruppe vor Ort gewidmet, wobei besondere Bedeutung der Volkszählung beigemessen wird, und wo die albanischen Parteien behaupten dieser Prozess könnte eine gewisse Zahl albanischer Einwohner auslassen, die sich in dieser Saison in europäischen Ländern als Gastarbeiter aufhalten.

Inzwischen war der stellvertretende Premierminister Ilir Meta, der vor einigen Monaten in seinem damaligen Amt des Außenministers einen Besuch in der serbischen Hauptstadt Belgrad machte, wieder als Gast am Kongress der Partei des Präsidenten **Tadić** in Belgrad. Dieser Besuch wurde nicht positiv in den Kreisen angesehen, die Belgrad noch unter der schwarzen Brille sehen.

Die Dick-Marty-Sache. Die zuletzt in dem Bericht des Mitglieds der parlamentarischen Versammlung des Europarates, **Dick Marty**, enthaltenen Informationen über die Existenz

von Standorten während des Kosovo-Konfliktes innerhalb des Territoriums der Republik Albanien wie in Fushe-Kruja bzw. woanders, wo angeblich Organtransplantationen von serbischen Gefangenen durchgeführt wurden, wurden sowohl durch die öffentliche Meinung als auch durch die Medien und die Politik im Allgemeinen nicht positiv empfunden. Der Premierminister und der Außenminister betrachteten diesen als „einen in der Küche Belgrads zubereiteten Bericht“ und betonten, dass die Zustimmung zu diesem Bericht Diskussionen in der Region auslösen und die Nachbarschaftsbeziehungen beeinträchtigen könnte. Der Oppositionsführer kritisierte ebenfalls den Bericht. Der sozialistische Parteivorsitzende Edi Rama ging sogar weiter, indem er den Berichterstatter als „Scharlatan“ bezeichnete. Der Premierminister unterstützte öffentlich den Premierminister Kosovos Thaci bezüglich dieser Beschuldigungen und empfing in diesem Rahmen den ehemaligen Premierminister des Kosovo **Agim Ceku** in Tirana. Was die Forderung anbetrifft, Untersuchungen in dieser Sache durchzuführen, erklärte sich die albanische Generalstaatsanwaltschaft bereit Untersuchungen vorzunehmen, falls genügend und glaubhafte Beweise zu einer Straftat vorhanden sind bzw. Untersuchungen gegen jede Person zu führen, die zu einer solchen Straftat verdächtigt wird.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: NERTILA MOSKO, PROJEKTLEITERIN ALBANIEN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 10.01.2011